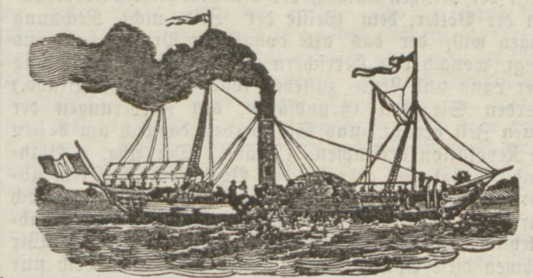
Danziger Dampfboot.

№ 20.

Montag, den 25. Januar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1864.

35ster Jahrgang.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, Montag 25. Januar N.-M. 1 U.
Angekommen in Danzig Mittags 2 U. 10 M.

In der heutigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses wird die Budgetkommission beauftragt, sofort über den Sonnabend-Beschluß des Herrenhauses zu berichten, worauf die von der Budget-Kommission vorgeschlagene Resolution angenommen wird, welche den Beschluß des Herrenhauses null und nichtig erklärt. Der Minister Graf Eulenburg verliest darauf die Königliche Botschaft, nach welcher der Landtag heute Nachmittags 3 Uhr durch den Minister-Präsidenten von Bismarck zu schließen ist.

London, Montag 25. Januar.
Angekommen in Danzig Mittags 12 Uhr 30 Min.

Die heutige „Times“ hofft, daß der Friede erhalten werden wird. — Die „Morningpost“ sagt: Da der von den deutschen Großmächten auf sechs Wochen lautende Aufschubsvorschlag verworfen würde, drohe der Ausbruch des Krieges. — England dürfte kaum neutral bleiben; es sei wahrscheinlich, daß es mit Frankreich, Rußland und Schweden Dänemarks Integrität vertheidigen werde.

Köln, Sonnabend 23. Januar.
Die heutige „Kölnische Ztg.“ meldet aus London vom 21. d.: Sir Henry Bulwer ist beauftragt, in Paris zu erklären: England halte die Fortdauer Dänemarks ohne die Herzogthümer für unmöglich. König Christian werde in diesem Falle die Krone dem Könige von Schweden anbieten, welcher sie anzunehmen bereit sei. England liebe die skandinavische Union nicht und werde daher Dänemark im nächsten Frühjahr mit 25,000 Mann und einer Flotte zu Hilfe kommen.

Frankfurt a. M., Sonnabend 23. Januar.
Heute Morgen $2^1/_2$ Uhr traf der durch zahlreiche Ovationen unterwegs verspätete Eisenbahnzug mit der schleswig-holsteinischen Landesdeputation hier ein. Die Deputation wurde vom hiesigen Turnverein, vom Frankfurter Liederkranz und von einer großen Volksmasse aus der Stadt und Umgegend begrüßt. Dr. Sigismund Müller hielt die Bewillkommnungs-Rede. Hierauf erfolgte unter dem Gesange von „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ der Einzug der Deputation in die Stadt.

Frankfurt a. M., Sonntag 24. Januar.
Morgen früh geht die schleswig-holsteinsche Landesdeputation nach München, um dem Könige von Bayern für seine seitherige Unterstützung zu danken und ihn zu ersuchen, sich der schleswig-holsteinschen Sache auch ferner warm anzunehmen.

Der Text der Adresse der schleswig-holsteinschen Landesdeputation an den Bundestag lautet:

Hohe Bundesversammlung! Holsteins Volk und Land hat Jahrhunderte hindurch dem deutschen Vaterlande gegenüber nach redlichem Bemühen seine Schuldigkeit gethan. Unsere Väter haben deutsches Recht und deutsche Sitte, deutsche Treue und deutschen Sinn allen Anfechtungen gegenüber zu wahren gewußt und sind als die rechten Grenzwächter Deutschlands im Norden befunden worden. In diesen Tagen der Entscheidung hat Holstein abermals unzweideutig bewiesen, daß es am alten Rechte und am alten theuern Vaterlande beharrlich festhält. Das ganze Volk hat sich einmüthig erhoben, dem Erben der Schleswig-Holsteinschen Herzogskrone, Herzog Friedrich VIII., unserm rechtmäßigen Landesherrn, die Huldigung darzubringen. Das ganze Holstenvolk ist einig in dieser Anerkennung seines Herzogs und in der heiligen Absicht, bis zum letzten Blutstropfen das verbrüderte Duldervolk in seinem Recht und seiner Freiheit zu vertreten.

Hohe Bundesversammlung! Als ein Zeichen der über alle Theile, Stände und Partcien des Landes verbreiteten Gesinnung sendet das Volk von Holstein uns, die ehrerbietige Deputation, um der höchsten Behörde des deutschen Vaterlandes unsere heißesten Wünsche ans Herz zu legen. Zahlreiche Gemeinden und Vereine Holsteins haben uns abgeordert, damit wir persönlich der hohen Bundesversammlung an den Tag legen, daß die Holsten von ganzem Herzen sich Söhne des großen Deutschlands fühlen, daß sie von ihrer altvererbten Liebe zu den Brüdern in Schleswig nimmer lassen wollen, und daß sie ihres Landes altehrwürdiges Recht nicht anders gesichert glauben, als mit der durch Gottes Rathschluß verhängten Trennung von Dänemark und mit dem von Deutschland demnächst anzuerkennenden Regierungsantritt unseres rechtmäßigen Herrn, Seiner Hoheit des Herzogs von Schleswig-Holstein, unsers geliebten Fürsten, Friedrich VIII.

Hohe Bundesversammlung! Durch unsern Mund ruft das Volk und Land von Holstein, tiefbewegt von qualvoller Ungeduld über das Hinausschieben eines Beschlusses, welcher über sein ganzes Dasein, ja darüber entscheidet, ob das alte Holstenland bei Deutschland bleiben oder zu Grunde gehen soll, die Fürsten und freien Städte Deutschlands wollen endlich dem Rechte sein Recht werden lassen und ohne Verzug und freudig den durchlauchtigen Herrn, in welchem ganz Holstein seinen Herzog erkennt, in die Reihe der deutschen Souveraine aufnehmen, unser Recht also mit der Anerkennung Deutschlands besiegeln und die Wünsche des gesammten deutschen Volkes und der Mehrheit seiner Fürsten und Obrigkeiten, die Gottlob mit uns sind, zur Erfüllung bringen.

München, Sonnabend 23. Januar.
Ein Artikel in der heutigen „Bayerischen Zeitung“ sucht den Vorwürfen, welche die Presse der Regierung macht, zu begegnen. Danach ist eine Mobilmachung vorerst nicht beabsichtigt worden. Die Einberufung des Landtages sei der gegenwärtigen Lage nicht angemessen, da dem Landtage irgend welche Vorlage nicht zu machen sei.

Dresden, Sonnabend 23. Januar, Nachm.
Nach einem Telegramm des „Dresdner Journals“ aus Frankfurt a. M. erfolgte in der gestrigen Bundestagssitzung die Beschlußfassung wegen Entlassung der österreichischen und preußischen Reserven vom Holsteinschen Exekutionskorps unter dem Vorbehalt der Herbeiziehung neuer Reserven aus den Bundestruppen. — Es wurde auch beschlossen dem General v. Hake für sein Verhalten in der Frage bezüglich der Besetzung Schleswigs die anerkennende Billigung des Bundestages auszusprechen.

Hamburg, Sonnabend 23. Januar.
Wie hier eingegangene Nachrichten aus Kopenhagen melden, ist den dortigen Militärpersonen und Zeitungen Mittheilungen über Alles, was dem Feinde dienen könnte, verboten. Nach dem „Dagbladet“ ist in Christiania auf den 14. März ein außerordentliches Storthing einberufen worden.

— Die Bundeskommissäre haben unterm 21. d. folgende Bekanntmachung erlassen: Die unter dem Befehl des preußischen Feldmarschalls Freiherrn v. Wrangel stehenden Truppen haben die Grenzen der Herzogthümer überschritten. In Rücksicht auf den von verschiedenen deutschen Regierungen im Bunde erhobenen Protest haben wir den General-Lieutenant v. Hake beauftragt, dem Feldmarschall v. Wrangel zu erklären, daß wir seinerseits eine ordnungsmäßige Notifikation seines Einmarsches erwartet hätten, daß wir die unter seinem Befehl stehenden Truppen auch nicht als Bundesreserve anerkennen können, daß wir uns aber in ihr Einrücken als in eine unabänderliche Thatsache fügen. Wir haben vom Bundespräsidio die Anzeige erhalten, daß die einrückenden österreichischen und preußischen Truppen die ferneren Anordnungen in Betreff der exekutionsmäßigen Besetzung und Verwaltung Holsteins und Lauenburgs nicht zu beeinträchtigen oder in dieselbe einzugreifen hätten, diese Truppen vielmehr nur durchpassiren würden. Auf Grund dessen fordern wir die Behörden und Bewohner der Herzogthümer auf, die geforderten Leistungen den österreichischen und preußischen Truppen zu gewähren und solche freundlich aufzunehmen. — Herzog Friedrich erwiderte der Altonaer Deputation, er hoffe binnen Kurzem im Stande zu sein, die Einladung der Stadt Altona anzunehmen.

— Die heutigen „Itzehoer Nachrichten“ melden: Am 21. d. ist das sächsische Jägerbataillon sowie eine Munitionskolonne, die bisher in Neumünster und Umgegend kantonnirt hatten, von dort nach Itzehoe abmarschirt. Eben dahin ist auch der Stab des General v. Hake abgegangen. Das Lazareth soll nach Altona verlegt werden. Die sächsische Brigade wird um Itzehoe und Wilster concentrirt.

Am 22. hat die bisher in Hamburg kantonnirende österreichische Brigade in Neumünster und den nördlich gelegenen Dörfern Quartiere bezogen.

In Segeberg sind am 21. preußische Truppen eingerückt.

Nach dem „Husumer Wochenblatt“ würde Amtmann Johannsen nun doch das Ministerium für Schleswig übernehmen und sich demnächst nach Kopenhagen begeben.

Nach dem „Kieler Wochenblatt“ würde Prinz Friedrich Carl von Preußen in Kiel erwartet. Ist auch eine desfallsige Anmeldung noch nicht geschehen, so sind doch Intendanturbeamte zur Besichtigung der Lokalitäten in Kiel gewesen.

Nach der „Flensburger Zeitung“ ist durch das anhaltend laue Regenwetter die Eisdecke der Föhrde größtentheils geschmolzen, so daß Dampfboote und Segelschiffe bis nahe an den Hafen gelangen können.

Die Landesregierung in Kiel hat die Polizei-Behörden auf telegraphischem Wege angewiesen mit aller Sorgfalt unangenehme Berührungen zwischen der Bevölkerung und den einrückenden Truppen zu verhüten. In Flensburg heißt es, daß die Dänen die Baaken und andere Schiffahrtszeichen von der Eider, Bureauinventarium und anderes öffentliches Eigenthum auf der Eisenbahn nach Norden befördern.

Altona, Sonntag 24. Januar Mittags.
Heute wurde der Probst Nievert, als er in der übervollen Hauptkirche nach längerer Zeit zum ersten Male wieder die Kanzel betrat, mit Schreien und Pfeifen empfangen und die Kanzel wieder zu verlassen gezwungen. Ein hannöversches Jägerbataillon mußte ihn, als er die Kirche verließ, gegen die wüthend andrängende Volksmenge schützen, wobei der Bundes-Kommissär von Könneritz ihn mit seiner Person zu decken bemüht war. Dem Herrn von Könneritz brachte die Menge ein Lebehoch.

— Abends. So eben wird durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht, daß Probst Nievert, nachdem er um seinen Abschied eingekommen, die Stadt verlassen hat. Das von dem Probste bewohnt gewesene Haus sei Eigenthum der Stadt und als solches zu respectiren.

Kiel, Freitag 22. Januar.
Die in der dänischen Zollinie befindlichen dänischen Piquets haben Ordre erhalten, sich beim Einmarsche der Preußen zurückzuziehen. Da jetzt Thauwetter eingetreten ist, so denken die Dänen das Dannevirke aufs Aeußerste zu vertheidigen.

Kopenhagen, Sonntag 24. Januar.
Nach „Berlingske Tidende“ ist Amtmann Johannsen unterm heutigen Tage zum Minister ad interim für Schleswig ernannt worden.

Triest, Sonnabend 23. Januar.

Mit der Ueberlandpost eingetroffene Nachrichten melden, daß Nanking von dem Geueral des Kaisers vdn China hart bedräugt werde. Aus **Japan** wird mitgetheilt, daß die Regierung des Taikuns gegen die aufständischen Daimios rüste. Die den Handel mit Yokohama störenden Hindernisse sind beseitigt.

Newyork, Mittwoch 13. Januar.

Die Konföderirten haben 20,000 Mann im Innern von Texas zusammengezogen, um die von den Unionisten besetzten Küstenpunkte anzugreifen. Drei im Bau begriffene Kriegsdampfer verlassen nächstens Charleston, um die Unionisten anzugreifen.

Mexico, Dienstag 22. December.

Die Frunzosen sind jetzt im Besitze der Hauptstädte aller irgend wichtigen Buudesstaaten von Mexico.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

30. Sitzung, Freitag, 22. Januar.

Am Ministertische: Der Minister-Präsident von Bismarck, v. Bodelschwingh u. v. Selchow, später v. Roon.

Der Präsident **Grabow** eröffnet die Sitzung um $10\frac{1}{2}$ Uhr, indem er Mittheilung über geschäftliche Gegenstände macht. Auf dem Bureau sind Zustimmungsadressen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ausgelegt. Einer Anzeige des Präsidiums des Herrenhauses zufolge hat dasselbe mehrere Gesetzentwürfe, die ihm vom Abgeordnetenhause zugegangen, genehmigt; dagegen hat das Herrenhaus zwei Punkte nicht angenommen, worüber das Abgeordnetenhaus in Betreff der Etatsüberschreitungen in den Jahren 1859 und 1860 Beschlüsse gefaßt. Der Präsident konstatirt diese Thatsache, der Regierung, der beide Beschlüsse mitgetheilt seien, das Weitere anheimgebend.

Der Präsident spricht zugleich unter Zustimmung des Hauses die Ueberzeugung aus, daß es an seinem früheren Beschlusse festhalten werde. In Gemäßheit des Antrages der 4. Abtheilung wird hiernächst die Wahl des Frhrn. v. d. Heydt genehmigt.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Debatte über den Gesetzentwurf, die 12 Millionen-Anleihe betreffend, sowie über die Schulze- v. Carlowitz'sche Resolution.

Die Generaldebatte ist bekanntlich gestern geschlossen, und erhielt das Wort zunächst als Antragssteller

der Abgeordnete **Schulze** (Berlin). Die Diskussion soll dem gestrigen Beschlusse zufolge über beide vorliegende Gegenstände verbunden werden, weil eine Entscheidung über die Anleihe zugleich eine Entscheidung über die Politik der Regierung in sich schließt. Ueber diese hat sich das Haus schon im vorigen Monat durch eine Resolution ausgesprochen; jetzt müssen die Mittel zur Durchführung dieser Politik verweigert werden. Das Haus muß sich aber auch klar über die Sachlage aussprechen. Das geschehe durch die Resolution. Er, der Antragsteller, trete dem Amendement Grote bei.

Was bedeuten die vor uns ausgesprochenen Erklärungen des Ministerpräsidenten, durch welche die von uns betonte Tragweite der preußischen Politik durchaus nicht zurückgewiesen wird? Welches ist das Endziel dieser Politik in den Herzogthümern? Wir wissen aus Wien, daß ein Vertrag zwischen der österreichischen und preußischen Regierung abgeschlossen ist; möge es der Staatsregierung gefallen, uns darüber Mittheilungen zu machen, weil derselbe dem Lande schwere Verpflichtungen aufzulegen scheint, welche der Zustimmung dieses Hauses bedürfen. Einen Punkt nur will ich noch erwähnen, welcher den eigentlichen Streitpunkt berührt. Man bestreitet dem Bunde das Occupationsrecht, welches nur auf Grund des Londoner Protokolles ausgeübt werden könne. Aber das Protokoll selbst erklärt ausdrücklich, es solle die Beziehung der Herzogthümer zum Bunde durch dasselbe nicht alterirt werden, und wenn nun, laut der Bundesakte, der Bund die Unverletzlichkeit der zu ihm gehörigen Staaten zu wahren hat, so ist damit doch gewiß nicht die bloße Territorial-Grenze, sondern zugleich der Rechtsstand, welcher die Erbfolgefrage in sich schließt, gemeint, der, wie alle Parteien anerkennen für Schleswig und Holstein derselbe sein soll. „Beide Herzogthümer sollen alle Rechtsverhältnisse gemein haben", lautet die noch jüngst mitgetheilte Erklärung eines namhaften dänischen Staatsmannes. Demnach steht auch das Londoner Protokoll dem deutschen Bundesrechte nicht entgegen, und es ist Bundessache, den Staatsverband der Herzogthümer unter einander aufrecht zu erhalten. Prenßen und Oesterreich gehören mit ihrer Macht ebenfalls zum Bunde, verläugnen aber gegenwärtig das deutsche Interesse. Nun, ich will mich mit den Herren auch über das specifisch preußische Interesse auseinandersetzen. Preußen muß sich auf Deutschland lehnen, wenn es seiu wahres Interesse fördern will, es darf nicht Sonderbundesgenossenschaften suchen. Jetzt ruft es neben der Antipathie des deutschen Volkes noch die der deutschen Regierungen wach, und diesen Antipathien giebt man einen nationalen Stützpunkt. Dadurch arbeitet man unserem Nationalfeinde Oesterreich in die Hände, diesem Oesterreich, welches uns nnter ähnlichen Umständen schon einmal eine Niederlage bereitet hat, die Alle, vom Träger der Krone herab bis zum letzten Mann im Volke schmerzlich empfunden haben. Und unter Wiederholung der damaligen Vorgänge geht man darauf aus, das Vertrauen der Nation zu erschüttern! Ist das eine wahre Großmachtspolitik! Meine Herren! Als ein für das alte Rom demüthigender Vertrag, die Folge der Niederlage in den Caudinischen Pässen, abgeschlossen war, da lieferte Rom diejenigen, welche den Vertrag geschlossen hatten, an den Feind aus, um nicht ferner an denselben gebunden zu sein! Wie nun aber eine Macht noch obenein Krieg führen kann, um ein ähnliches Abkommen aufrecht zu erhalten, nachdem es der Gegner gebrochen hat (hört! hört!), das ist mir unbegreiflich, das kann man nicht für eine eines großen Volkes würdige Politik halten. (Lebhafter Beifall). Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir die Regierung zur Action gedrängt und ihr nun die Mittel dazu verweigern. Aber zu welcher Action haben wir sie gedrängt: Wir haben doch wahrlich bestimmt die Ziele der Politik gezeichnet, für welche wir bereit sind, alle Mittel zu gewähren; wir konnen sie aber doch nicht bewilligen, wenn die entgegengesetzten Ziele verfolgt werden. (Sehr richtig.) Es ist gesagt worden, die Regierung müsse im Bunde mit Rußland und Oesterreich die Revolution bekämpfen. Ich will Ihnen sagen, welches der dauernde Quell der Revolutionen ist: das ist der Geist der heiligen Allianz, der den berechtigten Forderungen der Völker, dem Geiste der Zeit nicht Rechnung tragen will, der das alte dynastische Prinzip hegt und pflegt, wonach den Herrschern die unbedingte Verfügung über Land und Leute zustehen soll. (Lebhaftes Bravo.) Werden Sie den Grundsätzen, den Forderungen der neuen Zeit gerecht, und Sie werden dadurch am besten die Revolution bekämpfen. (Bravo.) Der Abg. v. Blanckenburg hat uns gedroht, das Volk werde unserem ablehnenden Votum ein désavouer geben. Das ist doch nur so zu verstehen, das Volk werde das von uns abgelehnte Geld aus seiner Tasche geben. Gut. Wir nehmen diese Appellation an; aber rufen Sie doch nur Ihre Partei zuerst auf, die schon seit langer Zeit im Rückstande ist (Heiterkeit, Znstimmung), während unsere Partei die Appellation bereits angenommen hat; das Volk betheiligt sich reichlicher, als man glaubt, an der Unterstützung der nationalen Sache. Die Frage, wie unsere Parthei zum Volke stehe, beantworte ich dahin, daß wir bestrebt sind, die politische Aufklärung in alle Kreise des Volkes zu tragen, weil wir die Lösung der großen Aufgaben der Zeit nur von bewährten Männern erwarten (Lebhaftes Bravo). Sehr bezeichnend ist die Drohung, mit der der Abg. v. Blankenburg geschlossen hat, wenn die Krone die Bahn der jetzigen Politik verlassen sollte; sie beweist wiederum, daß das Prunken mit der Königstreue von jener Parthei die allergrößte politische Heuchelei ist, nur dazu angethan, die selbstsüchtigen Sonderinteressen zu verschleiern. Denn Sie wollen dem Könige nur so lange dienen, als er Ihre Wege wandelt. (Lebhafter Beifall.)

Minister Präsident v. **Bismarck-Schönhausen**: Der Hr. Vorredner hat dem Londoner Vertrag in seinem dritten Artikel eine neue Bedeutung gegeben. Er hat aus diesem Instrument selbst in letzter Instanz, das Erbrecht des Augustenburger Hauses in Schleswig aus seinem Artikel 3 herleiten wollen, wenn man die volle Consequenz seiner Aeußerungen zieht. Der Herr Vorredner stützt sich darauf, daß der Londoner Vertrag die Rechte des Bundes, das heißt die gegenseitigen Beziehungen zwischen Holstein und Lauenburg und dem Bunde, soweit sie auf Bundesgesetzen beruhen, aufrecht erhalte. Keinesfalls kann er damit den Londoner Vertrag gemeint haben, durch seinen Art. 3 den Art. 2, durch den eben das Erbrecht Christians IX. auf die gesammte, dem dänischen Scepter damals unterworfenen Länder festgesetzt wird, wieder aufheben zu wollen; dann hatte man ja gar keinen Grund gehabt, zusammen zu kommen und zu beschließen, wenn man den Haupt-Paragraphen durch den folgenden wieder hätte aufheben wollen. Art. 3 ist für uns aber insofern wichtig, als wir auch aus ihm die von den übrigen Großmächten theilweise in Zweifel gezogene Connexität des Vertrages mit der durch die Annahme von Seiten des Bundes bundesgesetzlich gewordenen Bestimmung die Stipulation der Jahre 1851 und 52 zwischen Dänemark und den Großmächten von Deutschland, herleiten. Der Herr Vorredner hat uns vorgeworfen und das Ministerium seinem Bedürfniß nach mit den Aeußerungen anderer Redner dahin identifizirt: wir wollten von Deutschland nichts wissen. Es muß ein eigenthümlicher Zauber in diesem Worte deutsch liegen; man sieht, daß Jeder das Wort für sich zu gewinnen sucht und Jeder das „deutsch" nennt, was ihm nützt, was seinem Parteistandpunkt Vortheil bringt und damit nach Bedürfniß wechselt. So kommt es, daß man in manchen Zeiten es deutsch nennt, gegen den Bund sich aufzulehnen, in anderen Zeiten es für deutsch gilt, für den fortschrittlich gewordenen Bund Partei zu nehmen. So kann es leicht geschehen, daß uns vorgeworfen wird, daß wir von Deutschland nichts wissen wollen aus Privat-Interessen. Ich kann diesen Vorwurf Ihnen mit vollem Recht zurückgeben. Sie wollen von Preußen nichts wissen, weil es Ihrem Parteistandpunkte, Ihrem Partei-Interesse nicht convenirt, weil es Ihnen convenirt, Preußen entweder nicht oder als Domaine des Nationalvereins bestehen zu lassen. (Bewegung.) Der Herr Vorredner hat ferner einen Gesichtspunkt aufgestellt, der mir und jedem aufmerksamen Leser der Geschichte der letzten 15 Jahre vollständig neu sein muß, er hat gesagt, daß die kleinen Staaten, also auch ein neu zu schaffender Mittelstaat zur Erhaltung in dieser Selbstständigkeit sich an Preußen anlehnen wird. Die Geschichte der letzten 15 Jahre lehrt das Gegentheil, die kleineren Staaten, ausgehend von der Bregenzer Coalition, haben sich an Oesterreich angelehnt und haben villeicht aus geographischen, vielleicht aus Gründen, die sie der preußischen Politik entnahmen, weil sie im Jahre 1849 ihre Selbstständigkeit mehr durch Preußen, als durch Oesterreich gefährdet gesehen, um diese Selbstständigkeit zu schützen, sich an Oesterreich angelehnt. Gegen diese durch die natürliche Besorgniß der Kleinstaaten für ihre Souveränität hervorgebrachte Stellung haben wir 12 Jahre lang am Bunde zu kämpfen gehabt, ich habe lange genug an diesen Kämpfen persönlich Theil genommen, um die nachtheiligen Wirkungen derselben für Preußen nach Gebühr würdigen zu können. Wenn der Herr Vorredner eine Politik, die zur Lösung dieser Coalition führt, die dazu führt, die deutsche — nicht Einheit sondern — Einigkeit auf die einzige mögliche Basis, auf die Einigkeit der beiden Großmächte zu stellen, wenn er das mit der Geschichte der caudinischen Pässe vergleicht, so ist das ebeneine rhetorische Floskel bei deren Widerlegung ich mich nicht weiter aufhalten kann. Gerade die Regierungen, meine Herren, die wir in dem Falle wähnen zu schützen, sind demnächst als unsere schärfsten Gegner aufgetreten, und wenn Sie sich einen neuen schleswig-holsteinischen Statt denken, so würde der uns wenig helfen können, aber auf unsere Unterstützung würde er sehr angewiesen sein, er würde neben sich ein verstümmeltes, gereiztes, dänisches Land haben, villeicht selbstständig, villeicht angelehnt an Schweden, welches sich zu Deutschland und zu diesem neuen souveränen Staat etwa in derselben Stellung befinden würde, in der ein wiederhergestelltes Polen sich Preußen gegenüber befinden würde, es würde auf das Bedürfniß angewiesen sein, seinen Nachbar — und also hier Deutschland — in jeder Verlegenheit anzugreifen, um wieder zu dem zu kommen, was er als das Seinige erachtet. Es ist meiner Meinung nach, unsere Anfgabe, mit den skandinavischen Staaten in friedlichen und freundnachbarlichen Verhältnissen zu leben; wie diese Aufgabe zu erreichen sei, ob sie überhaupt zu erreichen sei, oder ob nicht, ob man sich mit dem guten Willen bescheiden müsse, das hängt von der Zukunft ab. Die Rede des Herrn Antragsstellers und die Folgerungen, die er aus der Lage der Sache gezogen hat, nöthigen mich doch in die Diskussion weiter zurückzugreifen, als es meine Absicht war, selbst auf die Gefahr hin, daß sich dadurch Ihre Diskussion wieder eröffnen sollte. Wir können nach dieser Rede wohl mit Sicherheit annehmen — wir sind gewohnt, den Herrn als Repräsentanten der Majorität zu betrachten — daß Sie die Anleihe ablehnen, die Resolution annehmen werden und daß ich mich in dem Vertrauen, daß ich wiederholt auf Sie gesetzt und ausgesprochen habe, vollständig getäuscht habe. (Sehr wahr links!) Das Hauptmotiv, weshalb Sie sie ablehnen werden, ist der Mangel an Vertrauen zu dem jetzigen Ministerium; darin concentirt sich Alles. Das ist der Brennpunkt Ihrer ganzen Argumentation. Ich habe mich deshalb gefragt: Was müßten wir, was müßte ein preuß. Ministerium thun, um Ihr Vertrauen zu erwerben? Es müßte sich von der preußischen Verfassung lossagen (Unruhe und Widerspruch links), es müßte sich von Preußens Traditionen, von Preußens Geschichte, vom preußischen Volksgefühl vollständig lossagen; es müßte sich von der Verfassung lossagen, indem es die Hand dazu böte, die Alleinherrschaft dieses Hauses in Preußen herzustellen, indem es die Hand dazu bietet, der Fortdauer der Auflehnung der Krone gegen die Herrschaft dieses Hauses den Boden zu entziehen, durch Verweigerung seiner Kontrasignatur. Sie haben sich in dem vorliegenden Bericht, meine Herren, mit einer Deutlichkeit darüber ausgesprochen, daß ich glaube, Sie werden heute nicht mehr in der Lage sein, einer Aeußerung gegenüber, die ich etwa vor einem Jahre an dieser Stelle gethan habe, nämlich, daß es sich hier um einen Kampf handelt über die Herrschaft Preußens, zwischen dem Hause der Hohenzollern und dem Hause der Abgeordneten, eine Aeußerung, die damals mit einem Rufe des Staunens, der mißbilligenden Kritik empfangen wurde — ich glaube, Sie werden heute diesen Ausdruck der Mißbilligung nicht mehr aussprechen können, sondern sich offen zu Ihren Thaten bekennen. (Oh! Oh! Heiterkeit links,) Man ruft mir zu: „es ist zu lächerlich"; mit dergleichen Worten ist eine ruhige, ich kann sagen, eine anständige Diskussion nicht zu führen. (Unruhe.) Ich will solche Worte nicht zurückgeben, Sie werden selbst finden, daß Ausdrücke, welche dem einzelnen Abgeordneten hier villeicht zuläßig erscheinen können, für mich an dieser Stelle nicht passend sein würden. Ich gehe, um meine Behauptungen zu belegen, einige Stellen Ihres Berichtes durch, da ich wohl annehmen darf, daß Sie mit der Annahme des Antrages auch den Bericht Ihrer Commission sich aneignen werden. Nach der Verfassung steht Sr. Maj. dem König das Recht über Krieg und Frieden zu, steht Sr. Maj. dem Könige das Recht zu, seine Minister zu wählen, sowie die ganze Executivgewalt zu. Wie fassen sie diese Bestimmungen nun auf? Sie sagen auf S. 5, es liege Ihnen die Besorgniß nahe, daß die Richtung der Regierung den in der Resolution vom 2. Dec. ausgesprochenen Intentionen des Abgeordnetenhauses zuwiderlaufen könne. Das darf also nach Ihrer Meinung nicht sein, das darf sich die Krone nicht erlauben, daß sie eigene Intentionen hat in Bezug auf auswärtige Politik, die den Ihrigen zuwiderlaufen. Seite 6 verlangen Sie — ich citire Alles wörtlich aus dem Bericht, wie es hier steht — Seite 6 verlangen Sie, daß die Regierung des Königs nicht blos den Willen habe, das Recht und die Ehre des Landes zu schützen, sondern auch die Maßregeln, welche im gegebenen Falle zur Lösung dieser Aufgabe erforderlich sind, der Erwägung des Abgeordnetenhauses entsprechend auswähle. Hier trifft also der Eingriff in die Executive nicht nur ihre Gesammtrichtung, sondern auch die Details in den einzelnen Maßregeln. Sie setzen sich ein, meine Herren, als den diplomatischen Hofkriegsrath (Unruhe), von dessen Zustimmung die Action der Krone abhängt, dessen Genehmigung die Regierung selbst für die einzelnen Maßregeln in jedem gegebenen Falle nothwendig bedarf, wenn sie handeln will. Seite 7 machen Sie das Recht der Krone über Krieg und Frieden in dürren Worten von Ihrem Votum abhängig, die Argumentation, wie Sie dazu kommen, kann Jeder selbst nachlesen. Seite 8 sprechen Sie den Entschluß aus, die Regierung zur Action zu veranlassen. Das überschreitet an sich Ihren verfassungsmäßigen Beruf. Aber sie fügen ausdrücklich hinzu: zu einer Aktion nicht nach dem Ermessen der Executiv-Gewalt, sondern ausdrücklich nach Ihrem Ermessen zu einer von Ihnen bestimmten Action, deren Ziele klar von Ihnen vorgeschrieben werden. Nun, wenn es irgend einen Anspruch giebt, der Krone die ihr verfassungsmäßig zustehenden Rechte der Execution aus den Händen zu winden, so ist er in diesen Worten so klar ausgesprochen, wie es irgend sein kann. Sie verlangen diese Action im wohlverstandenen Interesse Preußens, Deutschlands und der Herzog-

thümer — ich schalte in Parenthese ein, wie wir doch so weit gekommen sind, daß Niemand mehr ehrlich zu sagen wagt, er handle im preußischen Interesse, er handle als Preuße; man getraut sich kaum auf dieser Seite das Wort „preußisch" auszusprechen, ohne sofort die Erläuterung dazu zu geben, natürlich im Sinne des deutschen Interesses, der Rechte Deutschlands, der Rechte der Herzogthümer. (Zustimmung links.) Letztere dürfen nicht fehlen, ein offenes Bekenntniß zu preußischem Interesse, zu preußischer Nationalität (Verwunderung links) ist auf Ihrer Seite (nach links) nicht zu finden. Also, „im wohlverstandenen Interesse!" Wohlverstanden ist natürlich nur dasjenige Interesse, welches Sie als solches verstehen. Sie entscheiden also auch hier wieder über die Richtung, die die Krone innerhalb des ihr verfassungsmäßig reservirten Gebietes einschlagen soll. Sie fordern auf S. 15, daß der König auf Ihr Geheiß einen Eroberungskrieg führe, um Schleswig für den Herzog von Augustenburg zu gewinnen. Mit einem Worte, meine Herren, wenn man Ihr Vertrauen erwerben soll, so muß man sich Ihnen in einer Weise hingeben, wie es für die Minister des Königs von Preußen nicht möglich ist. Wir würden dann nicht königl. Minister, wir würden Parlaments-Minister, wir würden Ihre Minister sein, und dazu, das hoffe ich zu Gott, werden wir nicht kommen (Heiterkeit und Zustimmung). Ob die Minister das Vertrauen des Königs haben, ist Ihnen vollständig gleichgültig. Der König würde danach eine Persönlichkeit sein, die weniger Einfluß auf die Geschäfte Preußens hätte, als, ich will nicht sagen, jedes einzelne Mitglied dieses Hauses, aber etwa jeder Fractionsführer, mit dem man kapituliren muß, wenn man ihn gewinnen will; aber über die Rechte des Königs könnte man stets einfach zur Tagesordnung übergehn.

Die gestern geschlossene General-Diskussion wird nach dieser Rede des Ministers wieder eröffnet.

Graf Schwerin: Ich will nur Einiges auf die Bemerkungen des Hrn. Ministerpräsidenten, die gewiß nicht im Interesse der von ihm vertretenen Sache gesprochen sind, erwiedern. Zunächst entgegne ich ihm als Preuße und im Bewußtsein des Preußenthums — ich glaube, daß ich mich immer als ein guter Preuße gezeigt habe — in Uebereinstimmung mit vielen königlichen Akten, daß preußische Interessen niemals collidiren können mit den deutschen Interessen. Darin unterscheidet sich eben Preußen von den übrigen deutschen Staaten und von Oesterreich, daß seine eigensten Interessen stets zusammenfallen mit den Interessen des ganzen Deutschlands. In einer Beziehung trete ich dem Ministerpräsidenten bei, daß der preußische Volksgeist tief durchdrungen ist von dem monarchischen Princip; darauf ruht aber auch meine Hoffnung auf des Vaterlandes Zukunft und daß es vom Abgrunde gerettet werden kann, wenn die Regierung sich innerhalb der verfassungsmäßigen Schranken hält und das beobachtet, was Pflicht und Gewissen uns sowohl als der Regierung vorschreiben. Nur durch Festhalten an dem verfassungsmäßigen Wege ist der Conflikt zu lösen. Der Ministerpräsident hat ferner beweislos den Satz aufgestellt, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses die Partei-Interessen über die Interessen des Landes stelle, die Interessen des Landes verlangen aber, daß die Regierung eine andere innere und äußere Politik verfolge. Ich will nur in Kürze meinen Standpunkt zur Sache darlegen, was ich für um so mehr geboten halte, je kleiner die Zahl meiner politischen Freunde hier im Hause ist. Nur nach schweren inneren Kämpfen und mit großer Mühe bin ich zu dem Standpunkt gelangt, daß ich mich mit der Majorität die Anleihe abzulehnen entschlossen habe. Es ist nichts Kleines für mich, ein solches Votum abzugeben, und wenn unsere Truppen bereits auf dem Marsch sind, die Mittel zu versagen, welche die Armee halten und stützen sollen. Wenn aber der Ministerpräsident auf der einen Seite die Pflicht der verantwortlichen Räthe der Krone betont, die auswärtige Politik nach dem Willen derselben zu leiten, so lange sie selbst damit einverstanden ist, so ist es auf der andern Seite das unzweifelhafte Recht und die ebenso unzweifelhafte Pflicht der Landesvertretung, wenn von ihr die Bewilligung der Mittel zur Durchführung dieser Politik verlangt wird, gewissenhaft zu rufen, ob die Personen der verantwortlichen Träger dieser Politik oder ein klares Programm die erforderliche Garantie bieten, daß diese Mittel wirklich im Interesse des Landes verwendet werden. Beides finde ich bei dem gegenwärtigen Ministerium nicht in ausreichendem Maße. Ich habe bereits bei früherer Gelegenheit mich für Lossagung vom Londoner Protokoll und für die Anerkennung des Herzogs Friedrich ausgesprochen, weil ich eine Lösung in diesem Sinne im Interesse und mit der Ehre Preußens am meisten im Einklang erachte und bin durch die seitherigen Erörterungen von beiden Seiten in dieser meiner Meinung noch bestärkt worden. Ich halte sie für diejenige, die am meisten die Bedingungen des Gelingens für sich hat. Der Redner wendet sich sodann gegen die vom Minister-Präsidenten in Aussicht gestellte Personal-Union der Herzogthümer mit Dänemark, da sie seiner Ansicht nach Niemanden zufriedenstellen könne. Er sucht ferner die Unhaltbarkeit des Londoner Protokolls nachzuweisen und betont das klare Erbrecht des Herzogs Friedrich. Er habe nie für den Gegensatz Preußen und Oesterreich geschwärmt und daher auch nie einem Bundesstaate, der auf Oesterreichs Ausschließung ausgegangen wäre, zugestimmt, sich vielmehr über Oesterreichs Weiterentwickelung gefreut. In der schleswig-holsteinischen Frage, fährt Redner fort, halte ich indeß das Zusammengehen Oesterreichs und Preußens für verderblich, ohne daß mir deshalb Nationalvereins-Tendenzen unterlegt zu werden brauchen. Daß hierbei die Interessen Oesterreichs und Preußens auseinandergehen, liegt auf der Hand. Der Minister-Präsident kennt allerdings keine deutschen, sondern nur österreichische, preußische, bayrische Interessen; aber wenn er von den deutschen Interessen nichts wissen will, auch das preußische Interesse müßte ihm gebieten, nicht die gegenwärtige Politik zu verfolgen, sondern sich an Deutschland anzulehnen. Der Ministerpräsident hat aber ferner den sehr gefährlichen Satz ausgesprochen, daß nur Das Recht sei, was durch die Mehrheit der europäischen Bajonnete aufrecht erhalten werde. Ein solcher Satz hat nie Geltung in Preußen gehabt, in unserem Lande galt vielmehr immer der Grundsatz: justitia fundamentum regnorum. Das Recht ist eine sittliche Macht, das zwar zeitweilig durch europäische Bajonnete niedergedrückt werden kann, aber immer wieder auflebt und dem schließlich immer die Völker mit tapferem Muthe gegenüber den Bayonneten zum Siege verhelfen. Das wahre Motiv der Regierungspolitik scheint mir Furcht vor der Demokratie und dem Auslande zu sein. Nur glaube ich, daß dadurch den Besorgnissen vor dem Eindringen der Demokratie wenig Abbruch geschieht, daß man den gerechten Forderungen des Volkes in keiner Weise Rechnung trägt. In die Hand der preußischen Regierung war es gegeben, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und dadurch viel gut zu machen, was in der letzten Zeit verloren gegangen, sowohl an Sympathien des Volkes in den übrigen deutschen Staaten, als in unserem eigenen Lande, und ich habe von Anfang an lebhaft bedauert, daß das Ministerium diese Gelegenheit versäumt hat. Wenn der Ministerpräsident seine Politik mit der Besorgniß vor möglichen Verwickelungen mit dem Auslande rechtfertigen will, so meine ich, daß der von ihm eingeschlagene Weg die Gefahr dieser Verwickelungen nicht vermindert. Preußen hat indessen schon größere Aufgaben gelöst, und wenn es im Bewußtsein seines guten Rechts zur Erfüllung seiner Aufgabe vorgegangen wäre, hätte es sich schließlich auch vor den europäischan Bajonneten nicht zu scheuen brauchen.

Hr. Reichensperger glaubt sich und die katholische Fraktion benachtheiligt durch die Art, wie bei Wiedereröffnung der Debatte dem vorigen Redner das Wort gegeben worden sei. Der Präsident erklärt, es sei hergebrachte Praxis des Hauses und übereinstimmend mit der Geschäftsordnung, daß durch den Schluß der Debatte die alte Rednerliste kassirt werde und bei Wieder-Eröffnung der Generaldiskussion die Herren sich auf's Neue zum Worte melden, wie solches zuerst vom Grafen Schwerin und später auch von einigen anderen Herren geschehen sei.

Ministerpräsident v. Bismarck: Die Aeußerungen des Herrn Vorredners nöthigen mich zu einigen Erwiderungen und Berichtigungen. Derselbe hat verschiedene Behauptungen aufgestellt, die ich meinerseits gar nicht bestritten habe und andere bestritten, die ich nicht aufgestellt habe. Wenn er zuvörderst davon ausging, daß er ein guter Preuße sei und ihm dies Zeugniß von Niemand verweigert werden würde, so stimme ich damit vollständig überein; ich gehe noch weiter, ich halte ihn in seinem Herzen sogar für einen monarchischen Preußen (Bewegung und Heiterkeit), aber man kann doch von ihm, seinem Könige gegenüber, sagen, was Goethe vom Dr. Faust dem Könige der Könige gegenüber gesagt werden läßt: „fürwahr, er dient euch auf besondere Weise", deshalb glaube ich auch, daß es mit der Partei, die der Herr Abgeordnete vertritt, ein Ende nehmen wird und zum Theil schon genommen hat, wie mit dem Dr. Faust, im ersten Theil nämlich (Murren); ob dem ersten Theil auch noch der zweite Theil nach Analogie des Faust folgen werde, muß die Zukunft lehren. Gewiß ist, daß die Zahl dieser „guten Preußen" sich von Tag zu Tag vermindert. Wo ist die Majorität geblieben, an deren Spitze sich der Herr Redner selbst als Minister befand? Ich habe schon früher gesagt, wäre diese Partei stärker, als sie es leider ist, so ließe sich mit (Stimme: dieser auch nichts machen) ihr rechten und reden. Zu den Behauptungen, die der Herr Redner bestritten, ohne daß ich sie aufgestellt hatte, gehört diejenige, daß Preußen von Deutschland geschieden werden müsse. Meine Herren, daß ist ja schon geographisch unmöglich, ein Blick auf die Karte lehrt das schon. Es fragt sich in Deutschland nur, wer soll führen, oder wie der Herr Redner sich ausgedrückt hat, „wer soll im Andern aufgehen? Wenn aber die beiden Großmächte einig sind, wie in diesem Fall, so glaube ich, daß, so lange die jetzige politische Gestaltung besteht, ihnen diese Führung unstreitig gebührt. Es handelt sich nur darum, klar zu stellen, wo und wer ist „Deutschland" und was denkt man sich unter deutschen Interessen. Diese Frage kann in Betreff der politischen Interessen so vielfach beantwortet werden, wie es in dem Arndt'schen Liede in Bezug auf die geographischen Verhältnisse geschieht. Ich bin ferner mit dem Hrn. Redner darin ganz einig, daß wir uns nicht an einem Abgrunde befinden, wenn die Verfassung beobachtet wird, sobald sie eben nur allseitig beobachtet wird, (Ruf: ja wohl, Bewegung u. Heiterkeit), sobald sie auch von der andern Seite beobachtet wird, sobald man nicht danach trachtet, ihr eine Auslegung zu geben, die sie ihrem klaren Sinne nach nicht hat, und die mit der preußischen, bei uns publicirten Verfassung nicht vereinbar ist, und daß dies von Ihnen nicht geschieht, das ich vorhin behauptet habe. In Bezug auf die gestern von mir aus einer Depesche gemachte Mittheilung bemerke ich, daß ich darin nicht ein Programm aufgestellt, durch welches die Erbfoge absolut präjudizirt worden wäre; ich habe gesagt, wenn die Lösung derselben, welche von der Bundesmajorität erstrebt wird, sich nicht als möglich erweist, so sei es nothwendig, eine andere Lösung ins Auge zu fassen, jedenfalls aber den zwölf Jahre lang bestehenden Zustand nicht wieder aufkommen zu lassen. Der Herr Vorredner hat aus einem Worte, welches ich in der Commission gesagt habe, gefolgert, daß die Mittel- und Kleinstaaten es sich gesagt sein lassen würden, daß es keine deutschen Interessen, gäbe, und daß sie in Folge dessen nur ihre eigenen zu Rathe ziehen würden und daß diese eigenen Interessen sie auch zur Anlehnung an das Ausland bestimmen könnten. Meine Herren, wenn der letzte Fall einträte, so werden wir auch vielleicht wieder erleben, was wir schon erlebt haben; jeder Staat folgt schließlich seinen Interessen. Gehen Sie auf die Geschichte zurück, so werden Sie finden, daß mein Wort vollkommen richtig ist, so unwillkommen es Ihrem Ohr auch klingen mag; es gilt von allen Regierungen, was einer ihrer Souveräne mir einst selbst sagte: „Kommt es zum Aeußersten, so ist mir das Hemd näher, als der Rock." Nun glaube ich in der That nicht, daß die dauernden Interessen diese Staaten nöthigen, sich an das Ausland anzulehnen, sondern daß ihnen ihre dauernden Interessen empfehlen, sich an die beiden deutschen Großmächte anzuschließen. Ich kann nur wünschen, daß sie dieses Interesse deutlicher und klarer erkennen, als es neulich in einer schriftlichen Aeußerung eines fürstlichen Mitgliedes der Fortschrittspartei in einem nach Wien gerichteten Briefe geschehen ist. (Große Heiterkeit.)

Im Laufe der ferneren Debatte constatirte der Kriegs-Minister die vollste Uebereinstimmung des Ministeriums und legte Verwahrung dagegen ein, daß die Regierung nur einen Scheinkrieg führen und die Herzogthümer an Dänemark überliefern wolle. Die Anleihe wurde mit 275 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Ein Theil der Katholiken, Grabow und Graf Schwerin stimmten mit der Majorität. Die Schultze'sche Resolution nebst einem Amendement von Groote wurde mit großer Majorität angenommen. (Der Schluß des ausführlichen Berichtes in der nächsten Nummer.)

Berlin, 24 Januar.

— Die gestrige „Indeped. belge" erfährt aus Kopenhagen, daß Preußen und Oesterreich darüber einverstanden seien, Südschleswig in Holstein zu incorporiren, Holstein durch Personalunion mit Dänemark zu verbinden, Rendsburg zur Bundesfestung zu machen und die Kosten für die Occupation des Jahres 1852 einzutreiben.

Wien, 21. Jan. Die „Wiener Presse" sagt über die österreichische Depesche an Bayern, daß selbst beim besten Willen eine Begründung oder Rechtfertigung des Verfahrens der beiden Großmächte in derselben nicht zu finden sei. „An die Stelle des Bundesbeschlusses sein eigenes unabhängiges Handeln setzen, weil man der Stärkere zu sein glaubt, heißt nach dem Grundsatze handeln, daß politische Fragen nicht Rechts-, sondern Machtfragen sind. Nun, von einem Staate wie Preußen, der sich für prädestinirt hält, das Piemont Deutschlands zu sein, mag solch ein frivoler Satz zur Richtschnur seiner Politik genommen werden, aber das alte Oesterreich, diesen Hort des Vertragsrechts, auf solchen Wegen wandeln zu sehen, das ist mindestens überraschend. Wir gratuliren Herrn v. Bismark zu seinem Erfolge. Was dem Kaiser der Franzosen nicht gelungen, das hat er erreicht, er hat Oesterreich aus den Angeln der Verträge von 1815 gehoben, und mit seiner Erklärung vom 14. d. in Frankfurt hat Herr v. Kübeck ein neues Loch in jene Verträge gestoßen." Zum Schluß sagt die „Presse": „Wie aber kommt Oesterreich dazu, Preußen auf solchen Weg zu folgen, alles zu opfern, was es an Sympathien Deutschlands mit dem Fürstentage am Ende trotz der praktischen Erbfolglosigkeit moralisch doch gewonnen, und der Politik Bismark auf die Gefahr eines deutschen Bürgerkrieges, einer europäischen Conflagration hin, aus den Verlegenheiten seiner inneren Lage herauszuhelfen? Wie kommt Oesterreich, das mitten im Frieden zur Deckung seines Deficits große Anleihen aufzunehmen gezwungen ist, dazu, sich in Verwickelungen zu stürzen, deren ganzes Odium auf uns zurückfällt, sie mögen sich wie immer entwirren? Noch ist es Zeit für Oesterreich, sich von dem Compagniegeschäft mit Preußen zurückzuziehen, noch ist es Zeit, auf dem betretenen Wege umzukehren; denn besser ist es wahrlich, wir erfüllen einen so verstandenen deutschen Beruf garnicht und überlassen Schleswig-Holstein dem außerösterreichischen Deutschland, als daß wir eine nur mit dem Verluste eines guten Leumunds und mit den ungeheuersten Opfern an Blut und Geld zu erkaufende Lösung herbeiführen helfen, bei welcher — wie auch das Ende sein mag — für das heutige Oesterreich alles zu verlieren und gar nichts zu gewinnen ist."

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 25. Januar.

— [Königl. Marine.] In der vergangenen Woche trafen hier wieder 200 Seedienstpflichtige und Rekruten für die Kgl. Marine ein und wurden auf dem Wachtschiff Barbarossa casernirt, woselbst ihre militairische Ausbildung mit Hilfe der schon ausgebildeten bereits als Schiffsführer und Steuerleute gefahrenen Navigateure erfolgen soll, um zunächst als Besatzung für die Corvette Vineta zu dienen.

— Am Sonnabend Mittag erschoß sich ein Seesoldat im Keller seines in der Elisabethstraße belegenen Quartiers aus Furcht vor einer verwirkten Festungsstrafe.

— Der Gesellschafter einer bedeutenden hiesigen Holzhandlung hat, in Folge ausgebrochenen Konkurses seines Hauses, mit seiner jungen Frau vor einigen Tagen Danzig heimlich verlassen.

— **Am Sonnabend Abend haben Diebe den Hrn. Dr. med. Oehlschläger** bedeutend bestohlen. Sie haben die Hausthür durch einen Nachschlüssel geöffnet, sind sodann in das offen stehende Patienten-Zimmer hineingegangen, haben einen Wäscheschrank und den Schreibtisch erbrochen und nicht nur feine Wäsche und einen Pelz, sondern auch 300 Thlr. gewaltsam entwendet. Als die Diebe eben das Weite suchen wollten, kam der Doctor nach Hause und wurde von den Dieben gesehen. Durch diesen Umstand erschreckt, ließen sie die Kleidungsstücke liegen und entflohen. Unweit des Hauses, in welchem Herr Dr. Oehlschläger wohnt, sind einige Thaler von dem gestohlenen Gelde gefunden worden.

— Gestern Abend fand im Apollo-Saale eine theatralische Vorstellung des kathol. Gesellen-Vereins, verbunden mit Darstellungen und Vorträgen des Physikers Herrn Böttcher, statt. Vor einem sehr zahlreich versammelten Publikum wurde zunächst die einactige Posse von Herrn v. Moser: „Moritz Schnörche" oder „Eine unerlaubte Liebe" aufgeführt, worauf „Paris in Pommern" folgte. Die ganze Darstellung darf als eine sehr gelungene bezeichnet werden. Indeß waren die Darstellungen und Vorträge des Herrn Physikers Böttcher erst die rechte Würze des geselligen Beisammenseins.

Graudenz, 22. Jan. Die Verpflegung der preußischen Truppen in Holstein, resp. Schleswig ist wieder dem Handlungshause Gebrüder Lachmann in Berlin übertragen worden, das auch die Verpflegung der Truppen an der polnischen Grenze in Entreprise hat. In der hiesigen Provinz läßt das betreffende Haus zum Zweck jener Verproviantirung in bedeutender Anzahl Schlachtvieh aufkaufen.

Zweites Abonnements-Concert des Rehfeldt'schen Gesangvereins im Apollo-Saale.

am 23. Januar.

Den ersten Theil des vorgestrigen Concertes bildete das Werk eines nordischen Tondichters, dessen Schöpfungen, voll tiefer Innerlichkeit, nicht selten die melancholische Beleuchtuug unter dem grauen Himmel des Nordens durchblicken lassend, bald ihren Weg zu den verwandten Deutschen gefunden haben. „Erlkönigs Tochter" -- Ballade nach dänischen Volkssagen von Nils W. Gade hat in kurzer Zeit unter den deutschen Musikliebhabern viele Freunde sich erworben. Wenn nun Hr. Rehfeldt mit dem unter seiner Leitung stehenden Vereine nach einem höchst sorgfältigen Studium das Werk in sehr würdiger Weise zur Aufführung bringt, einestheils um alten Freunden des Werkes die Erinnerung daran wieder aufzufrischen, anderntheils demselben neue Freunde zu erwerben, so verdient das alle Anerkennung, denn beide werden von der Aufführung befriedigt sein. — Den zweiten Theil bildete der zweite Theil von „das verlorene Paradies"; von Rubinstein, ein Tongemälde von den lebhaftesten Farben, welches freilich gegen das zuerst aufgeführte Werk zurückstehen mußte. Die fortwährend in den höchsten Tonlagen des Tenor sich haltenden Recitative in denen der Ewige sein schöpferisches „Werde" ausspricht, befriedigen nur halb und würden das Werk vielleicht ungenießbar machen, wenn nicht die Chöre von so vortrefflicher Wirkung wären. — Einige kleine Fehler abgerechnet darf der Verein auch auf die Aufführung dieses Werkes mit Befriedigung zurückblicken. Die sämmtlichen Soli hatten Mitglieder des Vereins, also Dilettanten; — der Kritik ist dadurch die Aufführung strenge genommen entzogen; allein Referent kann sich das Vergnügen nicht versagen den geehrten Damen und Herren, in deren Händen sich die Soli befanden, als auch den übrigen Mitgliedern seine aufrichtige Freude über die große Sorgfalt, welche auf die beiden Werke verwendet war, und die eine gelungene Aufführung zur nothwendigen Folge hatte, auszusprechen. Herr Rehfeldt hat den Beweis geliefert, daß sein Gesangverein nicht blos eine Pflegestätte guter Musik, sondern auch eine treffliche Schule für Gesang, überhaupt für musikalische Bildung sei. — Drum rufen wir ihm zu: Vorwärts auf dem betretenen Wege! ! **

Herrn Böttcher's Vorträge im Apollosaale.

Wer möchte es unserem Zeitalter zum Vorwurf machen, wenn es sich großer Fortschritte rühmt! — Denn Niemand wird verkennen, daß es solche in der That aufzuweisen, und freuen dürfen wir uns, diesem Zeitalter anzugehören. Damit wir uns aber nicht überheben und wohl gar mit Wagner im Goethe'schen Faust ausrufen: „Wie wir's denn doch so herrlich weit gebracht!" ist es nöthig, daß wir es uns stets klar machen, worin denn eigentlich unsere Fortschritte bestehen. — In der Lobrede, welche Fontenelle im Jahre 1716 in der Pariser Akademie der Wissenschaften auf Leibniz hielt, kam er auch, wie es in der berühmten akademischen Festrede Boeckh's: „Leibnitz und Alexander von Humboldt" heißt, auf die Versuche zu sprechen, welche der große Philosoph, von seiner hohen Theorie herabsteigend, auf dem Gebiete des Maschinenbaues gemacht. Fontenelle führte, nachdem er von der Erfindung der Differentialrechnung gehandelt, in seiner Lobrede an, daß Leibniz daran gedacht, Wagen und Kutschen leichter und bequemer einzurichten; ein Doctor, sagte er, welcher es Leibnizen zur Last gelegt, daß er nicht ein Jahrgehalt von dem Herzog von Hannover erhalten hätte, ergriff die Gelegenheit in einer öffentlichen Schrift ihm beizumessen, er habe ein Fuhrwerk bauen wollen, welches in 24 Stunden von Hannover bis Amsterdam fahren würde: ein übel angebrachter Scherz, fügte der Redner hinzu, weil derselbe nur zum Ruhme des Angegriffenen ausschlagen konnte, vorausgesetzt, daß die Sache nicht schlechthin unmöglich sei. Trotz Fontenelle's verständiger Bemerkung schien sie aber dazumal unsinnig: heutzutage kann man zwar fragen, mit welchen Mitteln Leibniz eine solche Wirkung habe hervorbringen wollen, aber man muß über den Doctor lachen, wenn er glaubte, den Philosophen mit nichts lächerlicher machen zu können, als wenn er ihm ein solches Unternehmen vorrückte. Der Versuch gelang nicht. Indessen sehe man, was heute möglich ist, was heute gelingt. Die den Menschen einengenden Raum- und Zeitverhältnisse sind in einer Weise überwunden, von welcher man früher nicht die geringste Ahnung hatte. Und wodurch sind sie überwunden? Durch die Naturwissenschaft, vermöge welcher es dem Menschen möglich wird, die geheimsten Kräfte der Natur zu erforschen und sie seinen Zwecken dienstbar zu machen. Hierin allein und in nichts Anderem haben wir den gerühmten Fortschritt unserer Zeit zu suchen: die großen practischen Erfolge der Naturwissenschaft haben sie denn auch zu hohen Ehren gebracht. Jeder Verständige erkennt in ihr eine erlösende Kraft der Menschheit und sucht sich mit ihr vertraut zu machen. — Lange freilich hat es gewährt, ehe es so weit gekommen. Dem Triumph der Naturwissenschaften sind harte Kämpfe vorangegangen, und der größte Widerstreit in der Menschenbrust kenntzeichnet ihre Entwickelung. Hat doch selbst der größte Dichter der Neuzeit sein gigantisches Gedicht, welches wie kein anderes dem deutschen Geiste eigenthümlich ist, aus dem Boden dieses Widerstreites, der in der unbefriedigten Begier nach Erkenntniß der Dinge seine Wurzel hat, erwachsen lassen so daß, keine andere Nation der Erde einen innigeren Zusammenhang der Poesie mit der Naturwissenschaft anfzuweisen hat. Was dieses großartige Gedicht für die Erforschung der Natur gewesen und noch ist, weiß jeder Eingeweihte. Es bewährte sich als ein verjüngender Quell und nach dem Ausspruch eines großen Philosophen, dessen Speculation für die Entwickelung der Naturwissenschaft unendlich wirksam war, als der Hauch eines neuen Lebens. Mit der Naturwissenschaft hat die deutsche Nation denn auch in der That ein neues Leben begonnen. Nicht nur der gelehrte Forscher, auch der einfache Handwerksmann fühlt sich von den Tönen dieses Gedichts, welche wie aus einer höheren Welt in's Herz dringen, ergriffen und geweiht, das innerste Heiligthum der Naturwissenschaft zu betreten. Diesen tiefen Zug und hohen Flug unseres Zeitalters hat der Physiker Hr. Böttcher, der gegenwärtig unter uns weilt, in seiner innersten Bedeutung erkannt. Mit der Einfachheit und Bescheidenheit, welche jedem bedeutenden Menschen eigenthümlich, tritt er als ein wahrer Apostel der Naturwissenschaft auf, um sie aus den einsamen Studierzimmern der großen Gelehrten und Forscher in das Herz des Volkes zu verpflanzen, damit sie aus demselben urkräftig hervorwachsend, ihre Früchte trage. Was er vorträgt, ist, wie man aus jedem Worte vernimmt, sein geistiges Eigenthum, woraus bei seiner sprachlichen Gewandtheit mit Nothwendigkeit folgt, daß er für das große Publikum vollkommen verständlich ist: eine Empfehlung, die nicht besser sein kann. (Schluß folgt.)

Berlin, 20. Jan. [Wollbericht.] Im Woll-Geschäft ruht der Verkehr fast gänzlich, und die Umsätze sind seit unjerem jüngsten Bericht kaum nennenswerth, weil dieselben sich uur auf den nothwendigsten Bedarf unbedeutender Pöstchen für inländische Fabrikation beschränkten. Seit mehreren Tagen befinden sich französische Einkäufer am Platz, die auf russische Rücken-Wäsche und Kammwollen reflektiren; doch haben sie nur ein geringes Quantum von einigen hundert Centnern aus dem Markt genommen und zwar zum Preise von 50 bis einigen 60 Thalern.

Handel und Gewerbe.

Danzig, Sonnabend 23. Jan. Bis zum Schluß der gestrigen Kornbörse waren die Preise für Weizen im Lauf dieser Woche 1 bis 1½ Sgr. pro Scheffel heruntergegangen. Dadurch wurden einige Käufer angezogen, und man bemerkte sogar solche, die bei der äußersten Ungunst der jetzigen Geld- und Creditverhältnisse es gerathen finden, keine Engagements einzugehen, welche gefährlich werden können, sondern lieber müssig liegende Summen auf Getreideankäufe zu verwenden, von denen bei jetzigen Preisständen möglicherweise wohl ein Gewinn, dagegen kaum ein erheblicher Verlust zu erwarten sein dürfte. Es fand demnach heute für ausgezeichnete Weizengattungen unzweifelhaft eine Besserung statt, und auch für minder gute war der Verkauf wenigstens nicht so schwierig wie zuvor. Die Notirungen bei gestrigem Börsenschluß lauten: feinglasiger 134.36pfd. Weizen pro Scheffel 72 bis 75 Sgr.; hochbunter 132.34pfd. 67 bis 70 Sgr.; heller 128.131pfd. 60 bis 64 Sgr.; bunter 125.30pfd. 53.56 bis 60 Sgr.; rother 123 bis 131pfd. 51.55 bis 60 Sgr. Ganzer Umsatz 6 bis 700 Lasten. — Auf die zugeführten 80 Lasten Roggen waren so wenige Käufer, daß für schwere Gattungen, bei der erzwungenen Lieferung auf gewogenen Scheffel à 81⅚ Zollpfd., die letzten Preise nicht zu halten waren. Leichte Gattungen hielten dagegen sich leidlich. 122.25pfd. 36 bis 36½ Sgr., 127.30pfd. 37.38 Sgr., Alles auf 125pfd. — Gerste flau. Die Zufuhr war diesesmal etwas stärker und kann 60 Last betragen haben. Die Brauereien sollen mit kleiner Gerste, die sie vorzugsweise verarbeiten, reichlich versorgt sein, und zum Export wird große nicht verlangt. Letztere bei 115.20pfd. 33 bis 36½ Sgr., kleine bei 108.14pfd. 30 bis 32.33½ Sgr. — 77.85pfd. Hafer 21 bis 23¼ Sgr. — Erbsen 38 bis 42 Sgr. — Die zugeführten 650 Tonnen Spiritus wurden fast durchgängig auf 12⅚ Thlr. pro 8000, nur Weniges auf 12¾ Thlr., gekauft. — Wir hatten vorübergehend scharfen Frost von 14 bis 15° R., dann aber starkes Thauwetter, welches die Schneedecke auf den Saaten sehr lichten wird. — Jetzt sind die Wege so übel beschaffen, daß die Geringfügigkeit der Zufuhren nicht befremden kann, allein auch vorher haben wir solche durchaus nicht in der früher gewohnten Ausdehnung gehabt und daß unsere Erndte nicht so reichlich gewesen, wie sie ausgegeben worden, scheint hienach kaum mehr zweifelhaft.

Meteorologische Beobachtungen.

24	12	333,52	+ 3,5	WNW. stürm., hell u. wolkig.
25	9	335,37	+ 3,4	do. Sturm, dicke Luft.
	12	335,67	+ 4,3	NW. do. do.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 25. Januar.

Weizen, 130 Last, 133.34pfd. fl. 420; 135pfd. fl. 415, 430; 132.33pfd. fl. 415, 416; 130.31pfd. fl. 385, 395, 405; 128.29, 129.30, 130pfd. fl. 365, 375, 385, 395, 405; 129pfd. bezogen fl. 350; 127pfd. do. fl. 345 Alles pr. 85pfd.

Roggen, 119pfd. fl. 213; 122, 123pfd. fl. 216; 123pfd. fl. 219; 125pfd. fl. 220½; 127pfd. fl. 225; 128.29pfd. fl. 226½ pr. 81⅚ resp. 125pfd.

Gerste, 108, 110pfd. fl. 183 pr. 73pfd.

Course zu Danzig am 25. Januar.

	Br.	Geld	gem.
London 3 M.	—		tlr. 6.18
Westpr. Pf.-Br. 3½ %	84	—	—
do. 4 %	94⅓	—	94¼

Todes-Anzeige.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, den in vergangener Nacht für uns so unerwartet schnell eingetretenen Tod unseres thätigen Dirigenten, des Lehrers Herrn

Friedrich Julius Schoeler

seinen lieben Freunden und Bekannten schmerzerfüllt anzuzeigen.

Durch sein rastloses Streben, insbesondere zur Hebung des Kirchengesanges, wie durch seinen biederen und leutseeligen Charakter im geselligen Umgange mit uns, hat er sich in der Zeit unseres Zusammenseins in unser aller Herzen ein bleibendes Andenken gegründet, und sind wir daher durch seinen Verlust hart betroffen.

Danzig, den 23. Januar 1864.

Die Mitglieder des Sängerkreises.

Todes-Anzeige.

Am 23. d. Mts., Nachm. 4 Uhr, erlöste Gott im 29. Lebensjahre meine treue Gattin Johanna, geb. Vogt, von ihren schweren Leiden in Folge Kindbettfiebers. Mit mir betrauern die Mutter, Geschwister und Schwäger das frühe Lebensende der tugendreichen Hingeschiedenen. **C. Lange**
Grenz-Aufseher nebst Kind.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.